

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)

145 (11.12.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192607)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Abonnement:
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 " " "
für 1 Monat . . — " 50 "

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

An unsere Parteigenossen!

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unmittelbar nach Weihnachten der Wahlkampf voll entbrennen wird! Wir setzen voraus, daß unsere Genossen überall die Vorbereitungen getroffen haben, um jeden Augenblick mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten zu können.

Wie bei früheren Wahlen, so haben wir auch diesmal ein Zentral-Wahl-Komitee niedergelegt, das die Leitung der Wahlen in die Hand nehmen soll.

Demselben gehören von uns an: Bebel, Dresden-Plauen; Grillenberger, Nürnberg; Liebknecht, Leipzig-Borsdorf; Meister, Hannover; Singer, Berlin bez. Dresden-Plauen, und sind Anfragen in Wahlangelegenheiten an einen der Genannten zu richten.

Diejenigen Wahlkreise, welche durch besondere Umstände nicht in der Lage sind, die Kosten des Wahlkampfes aus eigenen Mitteln aufbringen zu können, wollen durch ihre Wahl-Komitees spätestens bis 1. Januar an Bebel oder Singer die Mittelhilfe gelangen lassen, wie hoch sich die Summe beläuft, die sie glauben aus dem allgemeinen Wahlfond beanspruchen zu müssen.

Wir setzen dabei voraus, daß wie früher so auch diesmal alle die Genossen in jedem Wahlkreis als Ehrenfache ansehen, die Wahlkosten, so weit als möglich, selbst aufzubringen, und daß gut situierte Wahlkreise den schwächer gestellten Nachbar-Wahlkreisen mit Geld und agitatorischen Kräften zu Hülfe kommen.

Auf die Beschaffung wie die Bezahlung von Drucksachen läßt sich das Zentral-Wahl-Komitee nicht ein.

In Bezug auf die Agitation empfehlen wir allen Genossen folgendes dringend zur Beachtung:

Insofern von gegnerischen Parteien allgemeine Wähler-beratungen einberufen werden, müssen selbstverständlich alle Parteigenossen in derselben erscheinen, um dieselben für unsere Parteizwecke auszunutzen.

Werden aber von Gegnern Wahlversammlungen für die Anhänger bestimmter Parteien mit Ausschluß unserer Parteianhänger einberufen, so ist es Pflicht unserer Genossen, einer solchen Versammlung fern zu bleiben.

Wir haben kein Recht, unsere Gegner zu Auseinandersetzungen mit uns in ihren Versammlungen zu zwingen. Weichen sie uns aus, so mögen die Wähler darüber ihr Urtheil fällen.

Werden von Gegnern Versammlungen in Form öffentlicher Vereins-Versammlungen mit freiem Zutritt für Gäste abgehalten, so hat der einberufende Verein auch das Recht, das Bureau der Versammlung in der Hand zu haben.

Wir raten unsern Genossen dringend ab, in einem solchen Falle die Wahl eines Bureaus zu verlangen, und schlagen vielmehr vor, daß, wenn in solchen Versammlungen eine freie Diskussion nicht zugelassen wird, solche gar nicht zu besuchen oder sie zu verlassen.

Endlich empfehlen wir allen unsern Genossen, im Wahlkampf strengste Sachlichkeit abzuwalten zu lassen. Angriffe auf Personen sind nur in so weit am Platze, als der betreffende Gegner im Parteikampf persönliche Geschäftigkeit bewiesen, oder im bürgerlichen Leben sich solcher Handlungen schuldig gemacht hat, die zu kritischen das öffentliche Interesse gebietet.

Unsere Sache steht zu hoch und ist zu fest begründet, als daß wir nötig hätten durch ungerechtfertigte Angriffe auf Personen ihr zu dienen. Die Thaten der gegnerischen Parteien sind die wirksamsten Waffen für uns.

Berlin, Dezember 1889.
Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.
Bebel. Dieb. Frohme. Grillenberger.
Sarm. Kühn. Liebknecht. Meister. Sabor.
Schumacher. Singer.

Ein neuer Bergarbeiter-Ausstand

ist in nahe Aussicht gerückt. Wie in letzter Nummer bereits mitgeteilt, beschloß eine Delegirten-Versammlung der Bergarbeiter des Bochumer, Gelsenkirchener und Dortmund Reviers die Wiederaufnahme des Streiks, wenn die Grubenverwaltungen die Sperre nicht aufheben. Daß dies nicht geschieht, ist wahrscheinlich bei dem Charakter der Herren Arbeitgeber, die in dem Arbeiter nicht einen ihnen gleichberechtigten, sondern einen ihnen untergeordneten Menschen erblicken, mit dem man nach Gefallen umspringen könne. Die Herren Reichstagsabgeordneten Hammer (N.) und Stökel (Z.) sind auf die Nachricht vom Stande der Dinge sofort nach dem Streikgebiet abgereist, um die Vermittlerrolle zwischen Arbeitern und Grubenverwaltungen zu übernehmen. Ob ihre gute Absicht von Erfolg gekrönt sein wird, steht dahin, leider müssen wir sagen, hat das Gegentheil mehr Wahrscheinlich-

keit für sich. Die Mehrheit der Jechen hat die Arbeiter zu sehr gereizt mit der Fortsetzung der alten Praxis nach Beendigung des letzten Streiks, jeden Arbeiter zu maßregeln, der für seine Kollegen und deren Rechte eintritt, als daß jetzt die Vermittlung einiger Männer erfolgreich sein sollte, die auf ihre Herren Standesgenossen wenig genug Einfluß besitzen. Das hat sich deutlich genug beim letzten Streik und nach demselben gezeigt: man lehnte sich einfach an die Abmachungen dieser Herren mit den Arbeitern nicht, sondern handelte auf eigene Gefahr und nach der alten Praxis weiter. Die Folge davon ist der drohende erneuerte Ausbruch des Streiks. Es liegt nunmehr offen zu Tage, daß es die Bergwerksverwaltungen sind, nicht aber die Arbeiter, welche den Kampf heraufbeschwören und die Nation in Aufregung versetzen; welche Handel und Industrie lähmen werden, wenn der Streik zum Ausbruch kommt, und Noth und Sorge über Hunderttausende heraufbeschwören. Die Grubenverwaltungen tragen die Verantwortung für die Folgen dieses etwaigen neuen Streiks durch ihr halbsittiges Gebahren, die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor in unserem wirtschaftlichen Betriebe nicht anerkennen zu wollen. Sie wollen über die Arbeiter herrschen, ihnen keine selbständige Organisation gestatten; sie viabilisieren sich das Recht, die Sprecher der Arbeiter zu entlassen und ihnen die Arbeit auf den Gruben unmöglich zu machen. Wer so handelt, treibt die Dinge auf die Spitze und spielt mit dem Gemeinwohl. Die Presse gießt sich ihrem gefährlichen Treiben zu. Die „Ahein-Weiß. Jg.“ verhöhnt die Verlegten und spottet über ihre Verklammung vom vorigen Sonntag als über eine Zusammenkunft, in welcher die liebe Jugend die Hauptrolle gespielt hätte. Die Anwesenden hätten den Eindruck fröhlicher sorgloser Leute, aber nicht verbitterter Arbeiter gemacht. Man möge das im Auge behalten, wenn der Streik thatsächlich zum Ausbruche kommen sollte, und die beinhaltslose Presse wieder die Arbeiter als die Störenfriede hinstellt. — Die am 7. Dez. in Dortmund abgehaltene allgemeine, von ca. 4000 Bergarbeitern besuchte Versammlung nahm einen erregten Verlauf. Unter Anderen redeten Bunte, Schröder, Siegel, Brodman, Tiefmann und Bauer. Während der Versammlung ließ eine Depesche vom Oberpräsidenten Studt und von dem Landrath von Dortmund ein, lautend: „Die Vertretungen der Ehrener Jechen haben die Sperre aufgehoben. Der Vereinsvorstand beschloß einstimmig, die übrigen Jechen zu einem gleichen Entschlusse aufzufordern und zweifelt nicht an der Annahme“. Diese Depesche wurde von der Bergarbeiter-Versammlung mit einem lebhaften Bravo aufgenommen. Nach einer weiteren Debatte beschloß die Versammlung, bis zum 15. Dezember die Antwort der Grubenbesitzer, ob überall die Sperre aufgehoben ist, abzuwarten. Die Versammlung ging hierauf ruhig auseinander. — Im benachbarten Gelsenkirchen fand ebenfalls eine von 3000 Personen besuchte Bergarbeiter-Versammlung statt, welche den Beschlüssen der gestern Abend in Dortmund stattgehabten Versammlung beitrug, bis zum nächsten Sonntag abzuwarten, ob die Arbeitersperre thatsächlich aufgehoben und die entlassenen sowie die Arbeit wechselnden Verlegten auf den Jechen wirklich angenommen würden. — Eine dritte, von etwa 5000 Bergarbeitern besuchte Versammlung am 8. Dezember in Essen an der Ruhr beschloß gleichfalls, noch acht Tage zu warten, ob die Arbeitersperre wirklich in jeder Hinsicht aufgehoben würde. Im Laufe der Debatte wurde namentlich die Nothwendigkeit des Zusammengehens mit den übrigen Revieren betont. Der Oberpräsident von Verleypich hatte gestern in Essen eine Konferenz mit den Delegirten der Bergarbeiter, ebenso der Oberpräsident Studt in Dortmund.

Politische Rundschau.

Vant, den 10. Dezember.
Berlin, Sozialdemokratische Reichstags-
kandidaturen. Danzig: Lithograph Otto Jochem.
Denabrück: August Bebel.
— Exminister v. Puttkammer wird als Reichstagskandidat in dem hinterpommerischen Wahlkreise Stolp-Lauenburg-Bätow auftreten. Zu seinen Gunsten hat nach der „Krenzzeitung“ der bisherige Abg. Freiherr v. Hammerstein auf eine Wiederwahl verzichtet. Die Nationalliberalen sind laut Kartell verpflichtet, nunmehr ohne Wurren in Stolp für Herrn v. Puttkammer zu stimmen. Herr v. Puttkammer war seinerzeit als Reichstagsabgeordneter so herzlich unbedeutend, daß ihn die parlamentarische Thätigkeit allein schwerlich veranlaßt, wiederum sich öffentlich herauszustellen. — Nach dem Stöcker'schen „Volk“ werden die Kartellparteien an die Sozialdemokraten folgende Wahlkreise verlieren: Magdeburg, drei bis vier Wahlkreise im Königreich Sachsen, einen Wahlkreis in Hamburg fünf Wahlkreise in kleinen Staaten (beide Neuh-

Gotha, Braunschweig, Dieburg), gleich 10 Wahlkreise. Die Konservativen verlieren Breslau-Ost an die Sozialdemokraten. — Ob wir damit zufrieden sein werden, wird die Zukunft lehren.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. Gegen drei hiesige Sozialisten ist Unteruchung wegen Geheimbündel eingeleitet.

England.

London, 6. Dez. Sechstausend Arbeiter der South-Metropolitan-Gesellschaft haben für nächsten Mittwoch einen Massenanstand angekündigt, falls die Verwaltung nicht inzwischen ein mit nicht unionistischen Arbeitern getroffenes Abkommen rückgängig mache.

Amerika.

New-Orleans. Der frühere Präsident der konföderirten Staaten von America zur Zeit des Bürgerkrieges, Jefferson Davis, ist gestorben.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 5. Dezember.
Etat des Reichseisenbahnen.
Abg. Henneberg und Graf Stolberg regen den Gedanken einer einheitlichen Zeitrechnung an.

Abg. Richter empfiehlt den Antrag der Freisinnigen, welcher den Reichsanwalt auffordert, eine Untersuchung über die Kohlenzölle anzustellen, ob nicht eine allgemeine Tarifherabsetzung insbesondere durch Ausdehnung der Ausnahmestatu für Kohleneinfuhr angebracht sei. Bei der allgemeinen Kohleneinfuhr ist die Transport eine große Rolle. Seit Januar seien die Preise um 44 Prozent gestiegen. Zur Steigerung des Preises trage bei, daß die Eisenbahnen und große Industrien Kohlenverträge aufspeichern. Auch hätten die Produzenten absichtlich mit dem Angebot zurück. Das Hauptübel sei aber, daß die Tarife nach dem Auslande billiger seien, als vom Auslande nach Deutschland. Paris bezahle billigere Kohlenzölle als Westfalen aus Berlin. Das nenne man nationale Wirtschaftspolitik! Hier müßte Wandel geschaffen werden. Artikel 45 der Reichsverfassung bilde eine Handbabe dazu.

Kommisnar des Reichseisenbahnen, Geheimrath Schulz, erklärt, Artikel 45 habe einen ganz anderen Sinn; er fordere nur möglichste Gleichmäßigkeit der Tarife, die längst erreicht ist.

Stumm ist gleicher Meinung. Er bilde die Exportpreise; sie seien nicht verfassungswidrig. Billige Eisenbahntarife für Kohlen wären gewiss, denn die englischen Kohlenpreise seien auch hoch. Eines sei allerdings wünschenswerth: daß die Tarife in Preußen denen im Reich gleich wären.

Schrader: Artikel 45 berechne das Reich, auf Ermäßigung der Tarife hinzuwirken. Das sei auch im Interesse der Klammigkeit und auch der Kohleneinfuhr wünschenswerth. Die Kohlenindustrie behaupte nicht mehr, wie früher, Ausnahmestatu für den Export. Es sei Zeit, diese Ausnahmestatu aufzugeben; vielmehr sei die Herabsetzung billig, daß die Eisenbahntarife den Ausfuhrtarifen gleichgestellt würden. Es sei nicht nötig, daß eine allgemeine Tarifermäßigung einen erheblichen Ausfall an den Einnahmen verurteile; denn ohne oder doch mit geringen Kosten lasse sich die Tragfähigkeit der Waggon beträchtlich erhöhen.

Abg. Graf Stolberg erklärt sich auf gleichen Stande wie Stumm gegen den freisinnigen Antrag. An billigen Exporttarifen habe nicht viel das Ausland, sondern nur die Provinz Ostpreußen großes Interesse. Eine allgemeine Tarifermäßigung sei Sache der Einzelstaaten; wenn sie finanziell möglich werde, dürfe sie sich nicht auf Kohlen allein erstrecken.

Hamacher: Die Bergwerbesitzer hätten die hohen Preise nie gewünscht und seien intelligent genug, deren Unbilligkeit einzusehen. Zudem wären die sinnlosen Courtstricken wegen des schlimmen moralischen Einflusses auf die Arbeiter vermieden. Richter und Schrader widersprechen sich, indem sie einseitig Gleichmäßigkeit der Tarife fordern, andererseits die bestehenden Ausnahmestatu beibehalten. Der freisinnige Antrag gebe den Interessenten keinen Anlaß zur Beforgnis; persönlich stimme er dafür, ohne andere beeinflussen zu wollen.

Richter: Die Kohleneinfuhr übersteige die Kohleneinfuhr; wenn Hamacher behaupte, die Kaufuhr sei besser zurückgegangen, so verweigere er, den Zollanschluß Hamburg mit anzuerkennen. Er werde nicht aufhören trotz des Landes-Eisenbahnraths mit seinen Beschwerden zu kommen, denn der Eisenbahnrath sei eine Interessenten-Gruppe. Die gegenwärtige Zeit ist zu Unberungen eine höchst günstige.

Bebel: Was ich die Antragsteller möchten den Antrag zurückziehen; er sei im ersten Theil überflüssig, da jeder Interessent die Untersuchung anstellen könne, im zweiten durch die Regierung gegenstandslos geworden, da diese thumlich Ermäßigungen einführe und es bei gebesserten Verhältnissen noch weiter thun werde.

Schrader empfiehlt, den Antrag einer Kommission zu überweisen. Stumm tritt um Ablehnung.

Richter: Leute, denen die Kohle vor der Thüre liegt, brauchen sich um Tarife herzlich nicht zu kümmern. Wenn dieser Reichstag seine Beschlüsse abweist, so spezifiziere er an den zukünftigen Reichstag. Die Kohleneinfuhr schädige auch die einseitige Industrie; er befürworte Ueberweisung an eine Kommission.

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Konservativen beschloßen.

Beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen spricht Dingens über die Sonntagstruhe der Beamten.

Damit ist der Etat der Reichseisenbahnen erledigt.

Morgen dritte Lesung des Budgetgeses und Etat.

31. Sitzung vom 6. Dezember.

Dritte Lesung des Bankgeses.
Von konservativer Seite liegt dazu der wieder aufgenommenen Antrag Ruess auf Herabsetzung der Dividende vor. Die Debatte darüber, an welcher die Abg. Riemm, v. Huene, v. Kirchbach, Bankpräsident v. Dechend und v. Strombeck theilnehmen, gestaltet sich zu einer Wiederholung der früheren Debatte.

Graf Kirchbach behauptet, daß seine Partei eine Amnistie gegen den Handel und das Großkapital bestrebe; er verlange die Bildung besonderer, der Bank angegliederter Kassen für den landwirtschaftlichen Kredit.

h. Debus hält letzteres für eine selbständige Aufgabe der Landwirthschaft auf dem Wege des Genossenschaftswesens. Die Überzeugung der Dividende sei eine schwere Ungerechtigkeit, da die meisten Anteilhaber zu 100 Prozent erworben hätten.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch Abg. Meyer-Dalle und Mooren, der seine Resolution begründet, die sich dagegen ausdrückt, daß bei Gründung von Banquilliten Steuerfreiheit verlangt wird.

Abg. Böling erklärt sich Namens der Rationalisten für die unveränderte Regierungsvorlage. Abg. Singer behauptet, daß der Antrag auf Verstaatlichung juristisch gesehen sei; seine Partei werde, so unangenehm ihr dieser einseitige Kartell mit den Konservativen sei, für den Wirklichen Antrag stimmen.

Darauf wird der konservative Antrag in namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 98 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Mooren, worauf die Regierungsvorlage gegen einen Theil der Konservativen angenommen wird.

Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern. Abg. v. Brämel weist im Einzelnen nach, daß die Zölle viel zu niedrig veranschlagt sind, und beleuchtet die Vertheuerung der wichtigsten Artikel durch Zölle, namentlich die Vertheuerung der Lebensmittel. Die Zölle würden zu dieser Vertheuerung in keinem Verhältnisse; der Rückgang unseres Exports sei daher erklärlich.

Malgahn (Schahferdär): Die Veranschlagung der Zölle sei nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre erfolgt; er könne von dem gewöhnlichen Verfahren nicht abgehen.

Moegen Fortsetzung.

32. Sitzung vom 7. Dezember.

Am Ende des Bundesrats: v. Wittlicher, v. Malgahn, v. Warffall.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. Kühn (Wag): Bei dieser wichtigsten Staatsposition ist die Frage am Ende, ob das Zoll die Zölle und Verbrauchssteuern in der bisherigen Höhe auf die Dauer tragen kann. Infolge der bisherigen guten Ernten sind ja die Getreidepreise nicht so sehr abgenommen. In diesen Jahren haben wir aber nicht einmal eine Mittelernte gehabt, und man hängt der wirtschaftlichen Zustand auf die gesammte Lebenshaltung gerade der unteren Bevölkerung an, geradezu unheimlich und untraglich zu werden. Namentlich in der Provinz Schlesien, der „Beratungskammer Berlins“, ist die Lebenshaltung der überaus großen Mehrzahl der Arbeiter eine höchst traurige.

Ich habe hier das Lohnbuch eines Webers im schlesischen Güterbezirk vor mir, welches 4 Jahre umfaßt. Der Mann verdient im Jahre durchschnittlich 455,81 Mk., also pro Woche 8,76 Mk., pro Tag 1,25 Mk. Dieser Arbeiterdienst besteht aber nur in den besten Zeiten der schlesischen Textilindustrie. Jener Weber hat das Unglück, 8 unermöglicher Kinder zu besitzen, von denen das älteste noch nicht 14 Jahre alt ist. Man frage sich, ist das gerecht, wenn diesem Manne einen so erheblichen Brodlohn zu erheben? Nicht ist er höchstens am Sonntag. Ein anderer Weber verdient nur 7,3 Mk. pro Woche, aber er hat wenigstens bloß 3 Kinder. In der Hausindustrie ist es noch schlimmer. Da verdienten Hausweber 3 Mk., 3,50 Mk. pro Woche und höchstens 5 Mk. im Durchschnitt. Ein Weber schreibt mir: Wir leben am Vorabend des Unterganges.

In der Textilindustrie sind die Löhne so ermächtig, daß man sich nicht getraut, sie auszusprechen. Die Wohnungen dieser Leute sind gar nicht mehr menschenlich, sie sind höchstens als Schweineställe. Die Löhne in der Waldenburger Porzellanindustrie sind seit Anfang des festgesetzten Jahres um 50 Prozent zurückgegangen. Dasselbe gilt für die Holzindustrie in Preußen. Selbst in Breslau verdienen die staatlichen Eisenbahnarbeiter nur 1,40, 1,50, 1,60 bis 1,70 Mk. pro Tag, und da sie am Sonntag nicht verdienen, nur 1,28 Mk. Da glaube ich dem Arbeiter, der mir schreibt, die jüngeren Kinder müssen hungern, die älteren betteln gehen, denn Breslau besitzt selbst noch indirekte Steuern, wie die Schlägt- und Mohlfleuer, die ebenso hoch sind wie die indirekten Reichsteuern, nämlich 5/7, Markt pro Kopf. Im Regierungsbezirk Cöpen hat der Fabrikarbeiter in nachdememwörter Weise eine Lebensart veranschauligt. Daraus geht hervor, daß der Mittellohn 94 Pf. pro Tag beträgt. Die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeiter sinken bis einige 80 Pf. herab. Solche Zahlen sprechen ganze Bände. Anhand daß diese Arbeiter überhaupt gar keine Steuer zahlen, müssen sie noch die indirekten nach einem ganz ungerechten Vertheilungsmasse tragen. Der gewöhnliche Arbeiter konsumirt nicht weniger Salz als der reichliche Millionär, und noch bezahlt letzterer dieselbe Steuer. In der Steinindustrie in Schlefien hat sich die Arbeiterbevölkerung von 235 Tausend im Jahre 1878 auf 277 Tausend im Jahre 1887 gesteigert und die Zahl der Unvollständigen in den letzten 10 Jahren gerade verdoppelt. Dies war eine Folge von Entfremdung und diese die Folge der Vertheuerung der Lebensmittel. Diese Arbeiter sind auf Gnade oder Ungnade ihren Arbeitgebern preisgegeben, denn sie sind zu schwach zu einem ausreichenden Widerstande bei einer Lohnherabsetzung. Die Zölle und Verbrauchssteuern haben sich seit

18 Jahren verdreifacht. Der Getreidepreis insbesondere ist pro Kopf der Bevölkerung von 2,4 Pf. im Jahre 1868 auf 1,20 Mk. im Jahre 1887 gestiegen. Ist das Schmeine-Einkaufsverbot aus sanitätpolitischen Gründen wirklich nicht, so muß man dafür die Zölle auf Fleisch ohne Weiteres aufheben. Durch Kontrollmaßregeln ließe sich die Einfuhr gesundheitsgefährlicher Fleischsorten vermeiden. Wie verhalten sich nun gegenüber der Erhebung der indirekten Steuern die direkten? Die Grundsteuer ist in Preußen seit zehn Jahren zurückgegangen, die flüssigsten Einkommensteuer ist nur ganz geringfügig, um 9 Millionen, gestiegen. Was bedeutet die Steuererleichterung der letzten drei Jahre? Von 5 und 6 Mk. jährlich, wenn jetzt eine Familie für indige Steuern 17 Mk. mehr ausbezahlt als vor 18 Jahren. Die Getreidepreise ergaben 1888 57 Millionen Mark; da wird Brod ein Luxusartikel für ungeschulte Tausende von Arbeitern. Schon jetzt können sich in Ober- und Mittelpreußen die Arbeiter nicht satt an Brod essen, sie müssen mit Kartoffeln gefastet werden. Daran, daß der Zoll auf den Luxusartikel der höheren Klassen, die Auker, 1887 nur 435.000 Mk. ergeben hat, geht hervor, wie die Zölle überhaupt trägt. Allerdings braucht der Reiche auch Brod, aber nicht so viel wie der Arbeiter. Die Agrarsteuern vertheuern außer dem Reiz nur einigen Tausenden den Grundbesitz der vermehrten Einkommen. In Preußen haben wir nur 25 Grundbesitzer mit einem Betrag von 1 bis 50 Quadratkilometer Land. In Deutschland haben 28.000 Grundbesitzer einen wesentlichen Theil der hohen Zölle, und dafür müssen 46 Millionen Leute die hohen Zölle tragen. Der Abg. v. Friesen hat vor Kurzem konstatiert, daß ein Gut, welches 50 Arbeiter beschäftigt, einen Reingewinn von 90.000 Mk. abwirft, daß aber die Industrie der doppelten Reingewinn erziele. Wie kann man da von einem Rothband der Grundbesitzer sprechen? Die kleinen Besitzer haben Recht, denn könnte man nicht auch durch Zölle durch Gesetz der Grundsteuer bei gemäßigter Vertheilung helfen. Daran, daß von 90-100 Familien der Grundbesitzer seit dem Wiener Vertrage von 1815 die persönliche direkte Steuerpflicht. Diese sollte man zu den Steuern beizugehen und die kleinen Grundbesitzer befreien. In Schlesien wandern die Leute massenhaft nach Ostpreußen hinüber, um von dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das in Ostpreußen das Brod nur 40, die in 90 Pf. kostet, kann nur am Zoll liegen. Der Mittelstand, der mit anderen Produkten als bloßen Lebensmitteln Handel treibt, wird indirekt mit betroffen, wenn der Arbeiter nur für das nackte Leben sorgen kann. Da man nicht immer den Gehalt des deutschen Volkes zuwünschen, wenn wir noch immer Lehens haben und nicht andere Leute erleben: unter Arbeiterstand ist eben wachsender. Bei Beginn der Sozialreform-Gesetzgebung sagte hier der Reichsminister nach dem Vorbild eines französischen Königs, er wünsche, daß jeder Deutsche mindestens Sonntag sein Duhn im Torte habe. Ein schöner Wunsch, schade nur, daß er so wenig in Erfüllung geht! Die deutschen Arbeiter wollen gar kein gebrochtes Ausmaß am Sonntag, sie wären schon sehr froh, wenn sie sich Sonntag auf Arbeitsschleife fasten können. Rühmt das Volk genau, was es zu jahren lang hat, die Zölle in dieser Steuerform zu tragen, würde es einen anderen Gebrauch von seinen politischen Rechten machen, dann wäre der Augenblick nicht fern, wo sich die Hände auf der Rechten bedeutend mit der Linken füllten.

Abg. Krüger (Wolff): kommt auf die Holzölle zu sprechen. Die deutsche Wald, wie es zur Begründung dieser Zölle einst gegeben habe, kaum im Stande sein, den inländischen Bedarf zu decken. Nun aber hatten wir 1878 eine Einuhr von 3132.000 Tonnen Holz und eine Ausfuhr von 1.111.000 Tonnen gehabt. Nach Anstufren der Zölle ist die Einfuhr zunächst gefallen, hinterher aber wieder gestiegen, jetzt beträgt sie für den ersten zehn Monate im Jahre 1889 9 1/2 Millionen Tonnen. Dadurch wurde bewiesen, daß die deutschen Waldungen den inländischen Bedarf thätiglich zu decken vermögen. Dazu kommt, daß die Holzölle nur zur Deckung unserer Waldungen gestiftet haben. Auch der deutschen Holzölleindustrie hätten die Zölle zum Schaden gereicht, in Bayern nämlich im letzten Jahre ein Fünftel oder Schweißmilde die Bude zumachen müßten. Dann aber will Rehner noch auf die Vertheuerung von Brod und Fleisch im Gefolge der Zölle aufmerksam machen. In Bayern sei der Viehstand erheblich zurückgegangen, und er werde noch mehr zurückgehen, wenn nicht aus dem Auslande Vieh eingeführt werden dürfe. Die bayrischen Viehhändler, die doch auch zu den Landwirthern zu rechnen seien, leben die Hände empore und rufen: Hinweg mit diesen Zöllen! Auch mein Herz, so schließt der Rehner, schlägt für die Landwirthschaft, aber nicht für agrarische Interessen. Darum fort mit diesen Zöllen, so schnell als möglich!

Abg. Holtz (Reichs): meint, die Kornölle hätten der deutschen Landwirthschaft zum Segen gereicht, indem sie ihr einen Vorprung von 50 R. vor dem Auslande gegeben hätten. Die Kosten hierfür trägt nicht der deutsche Konsument, dieselben seien vielmehr größtentheils aus dem Auslande angeworben. Würde aber wirklich ein geringerer Betrag der Zölle vom Inlande getragen, so müßte er eben auf das ganze Volk vertheilt werden, weil er so den Einzelnen am wenigsten brühe. Es kommt nicht darauf an, daß der Konsument die Waare billiger habe, sondern darauf, daß der Produzent die Waare zu einem Preise verkaufen könne, so daß er bestehen könne und der

wie mir den Kopf verdrehen könnte. Der Alte ist freilich ein wüthender Kerberus, denn er hat gestern geschworen, daß, wenn er den lebenslänglichen Herrn von Dürrenstein nochmals in seinem Hause erwische, er ihm Arme und Beine entzwei schlagen würde. Wir indessen bereiten solche Augenblicke ein großes Vergnügen, bin ich doch auch einmal jung gewesen und ich besitze noch immer das richtige Verständnis für derartige Streiche.

Und dabei lachte er so herzlich, daß ihm die hellen Thränen in die Augen traten, während der Baron und seine Angehörigen mit unbeschreiblichem Ausdruck bald den Fremden und bald von Dürrenstein anblickten.

Dieser hatte einen Augenblick die Farbe gewechselt, aber schon gleich darauf seine volle Fassung wiedergewonnen. Nur die größte Unverschämtheit konnte ihn aus dieser peinlichen Lage retten und so entgegnete er denn mit einer scheinbar vor Entrüstung bebenden Stimme: „Was Sie da erzählen, ist von A bis Z eine Unwahrheit, die man Ihnen aufgebunden haben wird. Ein einziges Mal bin ich im Hause des Bürgermeisters gewesen, als ich mich nämlich bei demselben anmeldete, sonst jedoch habe ich keine Wohnung niemals betreten.“

„So hat der Bürgermeister also gelogen!“ bemerkte Stumpf trocken.

„Das wird allerdings der Fall sein,“ rief von Dürrenstein aus. „Ich traute dem Manne zwar kein besonders hohes Ehrgefühl zu, aber ich hätte dennoch nie geglaubt, daß sein Daß gegen Herrn von Sieben bis zu niederträchtigen Verleumdungen gegen dessen zukünftige Familienmitglieder sich verfeigen könne. Ich bitte Sie, Herr Baron, mich gegen dergleichen Insulten in Ihrem Hause zu schützen, oder ich werde mich gezwungen sehen, dasselbe auf der Stelle zu verlassen.“

Bei dieser Aufforderung erhob sich der Baron, und indem er einen Schritt näher auf den Fremden trat, sagte er mit einer Miene, aus welcher der Jörn alle Würde verbannt hatte: „Herr — wie Sie heißen, ist hier gleichgültig —

Reinhold in der Lage ist, den Preis bezahlen zu können. England sei wegen seiner Kolonien so reich, daß es auf seine Landwirthschaft nicht Rücksicht zu nehmen brauche. Aber wie auch die dortige Landwirthschaft leide, zeigten die irischen Unruhen. Der Preis im Grunde wegen seiner Stellung zu den landwirthschaftlichen Zöllen seinen Einfluß auf dem Lande ganz verlieren, sich in den großen Städten konzentriren und dort den Kampf mit der Sozialdemokratie bestehen müssen.

Abg. Richter (Hr.): Zunächst freue ich mich, daß der Herr Reichsminister dem Herrn Krüger kein Wort bezüglich der Holzölle erwidert hat und hat erwidern können. Die Ausfuhrungen des Herrn Krüger waren auch in der That unüberleglich. Meine Herren, Sie sehen, daß Sie mit dem Holzölle den deutschen Markt nicht gefüllt, sondern nur eine Reihe von Mißständen geschaffen haben. Trotzdem freilich halten Sie an dem Holzölle fest! Aber auch den Etat anlangt, so haben Sie mit Ihren Getreidezöllen enorme Einnahmehöhen geschaffen, welche Sie unter die Axtle verwerfen. Ist das ein Staatsverbrechen, welches eine Volkswirthschaft veranlaßt kann? In Marx und Flemingen kann man es ausprechen, daß Sie mit all Ihrer Sozialreform dem armen Kanne das nicht geben können, was Sie ihm mit Ihren Zöllen nehmen. Die Schließung des Herrn Kühn war eine treffende. Und lesen Sie doch die „Deutsche Beantwärtung“, da sieht, daß in den letzten Jahren lediglich der Familienetat sich um 10 Proz. erhöht hat. Unbegreiflich ist mir, wie große Leute aus dem Eise die Kornölle vertheilgen können. Wären Sie doch, wie ein neuer Bericht des landwirthschaftlichen Centralvereins für Württemberg und Württemberg sich ausdrückt: „Die Ernte ist hier deat, daß viele Landwirthe ihren eigenen Bedarf kaufen müssen!“ Rufen Sie doch: „Hört! Hört!“

Und da geht Ihr Kollege Graf Kanig sogar mit dem Gedanken an, die Vieh- und Pferdeölle möchten noch erhöht werden. Da behauptet er doch, daß liberale Männer (zu den Nationalisten gehörend) sich dazu hergeben, Konventionen, die mit solchen Abhitten ungenügend, bei den Wahlen zum Reichstage zu unterstützen. Diese Politik, meine Herren, führt den Sozialdemokraten immer neue Schaaeren zu (sehr richtig) und die Anzahl derselben hier im Reichstage wird sich bei den Wahlen nicht vermindern, sondern verdreifachen. (Beifall links.)

Schahferdär von Malgahn bemerkt, die heutigen Angriffe auf die Agrarölle seien total unangeführt. Bei der jetzigen ungünstigen Ernte habe doch der Landwirth ungewißheit ein Interesse daran, das Vieh und Pferdeölle zu bekommen. Er würde sich sehr freuen, lieber die Hälfte der deutschen Bevölkerung leben von der Landwirthschaft und diese könnten nicht wünschen, daß die Preise niedrig sind. (Abg. Richter: Auch wenn der Landwirth zu kaufen muß?)

Zufassen? Ja, wer muß den zukaufen? (Lachen links.) So lange die gegenwärtigen Ausgaben des Reiches notwendig sind, stimme die Mehrheit des Hauses darin überein, daß die Getreideerzeugung auf indirektem Wege notwendig und daß die Beschaffung durch Zölle leichter zu ertragen sei, als diejenige durch direkte Steuern.

Abg. Herr v. Clitzsch (Hausen (Reichs)) spricht sich kurz für Aufrechterhaltung der Zölle aus.

Abg. Dörfel (Kleinheim) meint, an den hohen Getreidepreisen sei nicht nur der Zoll schuld, sondern auch der Preisanstieg. In den Berliner Speichern verkaufe viel Korn. Höchst der Regierung sei es, doch einmal das Getreide-Speicherungswesen näher in Augenschein zu nehmen.

Abg. Graf Holtz (Hofm.) führt aus, die Kornölle kämen auf dem Umwege der kaiserlichen Landbevölkerung auch den Industriern zu Gute.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Richter, Graf Stürgg legt

Abg. Hoffmann-Königsberg (natl.) dar, wie die Verbrauchssteuer, unter denen 1887 der Zoll erhöht worden war, in das Gegenstück umgewandelt seien. Eine weitere Zusage ist es, daß ein sehr großer Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung Ostpreußen in dem letzten Entzweite so wenig gerettet habe, daß es Getreide zukaufen müsse. (Hört! Hört! links.) In Ostpreußen sei der Prozentlag der landwirthschaftlichen Bevölkerung noch bei Weitem größer, als in Oelschlanddeutschland, indem er dort in Ostpreußen 86 Proz. betrage. Und der größte Theil der dortigen landwirthschaftlichen Bevölkerung habe zur Zeit entscheidenden keinen Augen, sondern Nachttheil von den Zöllen. Schon die Ernte von 1888 sei schlecht gewesen. Und schon im Oktober 1888 habe Graf Ribbick im landwirthschaftlichen Centralvereine Ostpreußen zugestanden, daß vielfach nicht einmal das Saatgort gerettet worden sei. Das Interesse der Konsumenten widerstreite zweifellos den hohen Kornpreisen.

Abg. v. C. (Reichs) befreit, daß die Kornölle nur im Interesse des Großgrundbesitzes lägen. Das Interesse der süd-deutschen Bauern erhebe sich durchaus die Aufrechterhaltung der Getreideölle.

Abg. Richter (natl.-lib. Augsburg) lobt den Abg. Richter nach Bayern ein. Derselbe würde nicht so sehr, wie sehr die bayerischen Bauern darüber übergen ist, daß die Getreideölle ihnen nicht schaden, sondern nützen. Der Bauer wisse ganz genau, daß in der Frage des Kornpreises seine Interessen mit denen des Grundbesitzes nicht auseinanderbringen. Auch im Interesse der industriellen

der Jwed Ihres Besuches ist mir jetzt vollständig klar geworden. Sie sind ein Abgeandter des Bürgermeisters und beauftragt, Unfrieden zwischen uns und Herrn von Dürrenstein zu stiften. Das aber soll Ihnen in keiner Weise gelingen. Die Rücksichten, welche ich bis dahin auf Sie genommen, weil Sie neulich in beherzter Weise für uns eingetreten sind, die haben Sie durch Ihr gegenwärtiges Betragen verwirrt und daher ersuche ich Sie ohne weitere Umhewise, Ihre Unterhaltung hier abubrechen und Ihrem Besuche ein Ende zu machen.“

Herr Stumpf schien diesen Worten von einer wahrhaft staunenswerthen Gemüthsruhe zu sein, denn ohne irgend welche Anhalten zu treffen, als wollte er dieser energischen Aufforderung Folge leisten, entgegnete er mit heiterer Gelassenheit: „Noch eine kleine Weile muß ich Ihre kostbare Zeit in Anspruch nehmen, mein verehrter Herr Baron, um Ihnen etwas mitzutheilen, was nicht allein Sie, sondern noch viel mehr die anwesenden Damen interessieren wird. In Dohenheim wohnt nämlich ein junger Herr Namens Karl Springer, den ich näher kennen und dabei recht achten gelernt habe. Die Herrschaften kennen denselben ja ebenfalls bereits. Dieser Herr Springer also will, wie er mir sagte, das Gut des Herrn Baron ankaufen. Ich habe ihm zwar gesagt, daß der Preis, den er hierfür ausgiebt, ein unsummen sei, und daß er kein Geld wegmerke, aber aus unbegreiflichen Gründen bleibt er bei seiner ursprünglichen Absicht hartnäckig bestehen. Nun hat er auch noch die Idee gefaßt, den Bruder der Frau Baronin einzuladen, nebst seiner Familie, so lange es ihm gefalle, auf Gehhof zur Kräftigung seiner Gesundheit sich niederzulassen.“

„Der gute Herr Springer, wie freue ich mich darauf, Otto wiederzusehen!“ fiel hier die Baronin Herrn Stumpf in die Rede.

(Fortsetzung folgt.)

44) **Strungen.** Kriminalnovelle von G. Struder. (Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Des Barons Empörung über des Fremden zwangloses Benehmen hatte allmählich einen bedenklichen Grad erreicht, und indem er die Cigarettasche mit der Hand schroff zurückwies, entgegnete er sornig:

„Ich danke Ihnen, Herr, ich rauche nicht in Gegenwart von Damen. So angenehm mir im Uebrigen Ihre Gegenwart ist, so möchte ich Sie nunmehr doch bitten, mir den Jwed Ihres Besuches mitzutheilen. Meine Zeit ist gemessen.“

„Schade, daß Sie in Gegenwart von Damen nicht rauchen,“ verlegte Stumpf, die Cigarettasche wieder einsteckend, gleichmüthig, „Sie hätten sich sonst genandert über den feinen Geschmack. Als den Jwed meines Hiesseins wollen Sie wissen! Nun, dieser Jwed ist im Grunde genommen gar keiner, ich wollte Ihnen nur, wie bereits bemerkt, eine Antandovisite abhatten. Die Herren von der Burg kommen ja auch die Bürger in Hohenheim zu besuchen, und da dachte ich denn bei mir, wenn dem so ist, so darff Du Dir auch erlauben, dem Herrn Baron Deine Aufwartung zu machen.“

„Was wollen Sie damit sagen?“ frug der Baron unwillig und neugierig zugleich.

„Was ich damit sagen will!“ lächelte der erstere. „Et, hat denn dieser Herr Ihnen nicht mitgetheilt, daß er gestern unter modernem Bürgermeister oder vielmehr dessen Tochterlein mit seinem Besuche bediente? Ha ha ha, Sie sind ein kleiner Schärer,“ fuhr er fort, indem er dem neben ihm sitzenden von Dürrenstein vertraulich auf die Schulter klopfte, „sehen Sie nur, meine Herrschaften, wie verlegen er wird.“

„Na, Sie brauchen sich dessen nicht zu schämen, denn das Bürgermeisterstochterlein ist in der That ein sehr niedliches Mädchen, welches selbst einem alten Burtschen

Generte lägen die Getreidepreise; dadurch, daß man die Landwirtschaft zu Grunde richte, schäme man die Industrie nicht.
 An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abg. Brömel, Gamp, Wenzel. Zur Tabaksteuer spricht Abg. Büttlin über die Lage der Tabakpflanzer, ebenso die Abg. Wenzel und Duziganeau.
 Schatzsekretär Malgahn berichtet die Wünsche der Tabakbauer zu berücksichtigen, die Untersuchung werde beschleunigt.
 Montag: Fortsetzung.

Der Geheimbundsprozess in Ebersfeld.
 Ebersfeld, 5. Dezember.

Die Vernehmung der geladenen Zeugen wird heute fortgesetzt. Der Händler Georg Leicht von hier war im Jahre 1884 mit dem Zeugen Aug. Wimmers und dem Angeklagten Meibrenn zusammen in einer sozialistischen Versammlung in der Rohlstraße. In dieser Versammlung nun soll, wie der Zeuge sagt, ein Komitee gewählt worden sein, und die Anklage hat angenommen, daß es sich um ein Lokal-Komitee handelte. Der Zeuge will gehört haben, daß dieses Komitee beauftragt worden ist, die Revision der Wahlrechnung vorzunehmen, auch will er erfahren haben, daß Sammlungen veranstaltet wurden, deren Ertrag für eine Stichwahl bestimmt war. Ueber die Personen, aus denen das Komitee zusammengesetzt war, kann er bestimmte Angaben nicht machen. Ueberhaupt will seine Ausfagen so schwanken, daß seine Vereidigung einstweilen ausgesetzt wurde. Der Präsident hält Leicht wiederholt die Unbestimmtheit seiner Ausfagen vor und die Unwahrscheinlichkeit, daß er nur das weiß, was die Angeklagten über diese Versammlung ausgesagt haben. Zeuge behauptet, daß er genauere Angaben nicht machen könnte; er wird vorläufig entlassen, darf den Saal jedoch nicht verlassen.
 Der Zeuge Riemendreher Herr. Burghoff-Barmen bezeugt, daß ein Briefkasten des „Sozialdemokrat“ befindliche Dittung H. B. 4.30 sich auf eine von ihm geleistete Abonnementzahlung beziehe, er habe zu jener Zeit den „Sozialdemokrat“ gehalten und das Geld eingeschildt. Die Anklage hatte angenommen, diese Dittung sei für den Angeklagten S. Meibrenn. Ihn habe damals ein ihm Unbekanntes zum Abonnement veranlaßt. Wer außer ihm den „Sozialdemokrat“ hielt, vermag er nicht zu sagen. Meibrenn will auch von der Redaktion auf eine Anfrage befragt erhalten haben, daß diese Dittung für Burgbard gewesen, hat aber den Brief nicht mehr in seinem Besitz. Zeuge Carl Weimerkus wird gefragt, aus welchem Grunde er auf die sog. schwarze Liste gekommen sei. Er gibt in längerer Ausfagen an, daß es das Wert des Angeklagten Mohrhen gewesen, der f. z. mit Wortler-Jülich bekannt war, und zwar aus dem Grunde, weil er als Logenmitglied Mohrhen ein Passe-partout Billet zum Theater, das Mohrhen nach dem Eingehen der „Vergessenen Volkstimme“ auf unerklärter Weise in seinen Besitz gebracht, entzogen habe. Nach längerer Zeit sei er dann auf Fürsprache mehrerer bekannter Sozialdemokraten wieder von der Liste gestrichen worden. Mohrhen verdanke er auch die Bezeichnung „Polizeilump“. Zeuge ist selbst nicht Sozialdemokrat. Nach Vertrauensleuten gefragt und speziell, ob Mohrhen einer sei, gibt er an, daß er solche nicht kenne. Mohrhen könne seiner Meinung nach keiner sein, weil er nie das Vertrauen seiner Genossen besessen habe. Vom Hörensagen wisse er, daß Wittinghoff zu den Vertrauensleuten gezählt werde. Häufigweidener Ebers-Barmersfeld hat im Sommer 1887 von einem Manne, der ihm nachher von Hausberg als der Angeklagte Haase bezeichnet ist, ein Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ erhalten, bezüglichen der Schuhmacher Hausberg-Kempe. Haase gesteht, Blätter verbreitet zu haben, bestreitet aber, daß er gemüht habe, welchen Inhalts. Wie durch weitere Zeugenausfagen festgestellt wird, hat Haase diese Blätter auch in Wirtschaften verteilt mit dem Bemerkten, es sei eine Rede Bambergers. Genbarm Nikolans Nicolay aus Lempe eben, gleichzeitig mit ihm der Genbarm Mollenhauer im Jahre 1887, am Geburtstages Laßalles, den Auftrag, eine Versammlung im Walde bei Lempe zu beobachten, sie haben aber dort ungespähliche Vorgänge nicht bemerkt. Nach jener Versammlung veranstalteten sie bei dem Angeklagten Esplor eine Hausdurchsuchung und beschlagnahmten dort mehrere Schriften. Esplor erklärte, es sei „der nicht (verbotene) wahre Jakob“ gewesen. Längere Zeit nahm die Vernehmung des Buchbinders Schmidt-Köln, jetzt angeblich Magnetopaths, in Anspruch. Der Zeuge hat früher die hiesige „Freie Presse“ in Köln vertrieben, weiß auch von der Verbreitung des Flugblattes „Ein Mahnmort“ in Köln, gibt jedoch nur zu, daß es tatsächlich dort verbreitet worden ist und verweigert im Uebrigen die Ausfagen darüber, wer es befördert, sich selber strafbar zu machen. Die Verbreitung dieses Flugblattes wurde bisher von den Angeklagten und auch Zeugen nicht zugestanden. Der Präsident macht ihn darauf aufmerksam, daß er dem Gerichtshofe glaubhaft nachweisen müsse, daß er sich durch die Verantwortung dieser Fragen strafbar mache; Zeuge beharrt jedoch bei seiner Meinung, ohne den Nachweis zu bringen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, den Zeugen von der Verantwortung nach der Herstellung und der Verbreitung des Flugblattes nicht entbinden zu können, und der Präsident fragt darauf: „Wo ist das Flugblatt „Ein Mahnmort“ gedruckt?“ Zeuge: „Ich kann darauf keine Antwort geben, ohne mich selbst strafbar zu machen.“ Präsi.: „Können Sie unter Anrufung Gottes bestimmt erklären, daß das Flugblatt nicht in der „Freien Presse“ gedruckt ist?“ Zeuge: „Ich verweigere darüber die Ausfagen, weil ich mich selbst strafbar machen würde.“ Die Ausfagen wird protokolliert und der Gerichtshof nochmals darüber beraten, ob event. Zwangsmittel zu ergreifen sind. Auf den gleichen Standpunkt stellt sich der Verfasser Joh. Peter Gassen aus Sildesheim. Er bestellte im Dezember 1887 von Köln aus, wo er früher wohnte, eine Druckchrift von 3000 Exemplaren mit der Anfrage, ob die Lieferung noch vor Weihnachten erfolgen könne. Die Anklage nimmt an,

daß dieser Auftrag das im Januar 1888 in Köln verbreitete, sehr scharf gehaltene und gegen § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 und gegen § 131 des Strafgesetzbuchs verstoßende Flugblatt „Ein Mahnmort“ betroffen habe. Es wurde auch der Brief des Gassen in der „Freien Presse“ beschlagnahmt und es wird deshalb angenommen, daß das Flugblatt von dieser gedruckt ist. Gassen sowohl, als auch Grimpe haben das bestritten und wollen einen derartigen Auftrag nie zu Gesicht bekommen haben. Gassen war früher auch Angeklagter. Nach langen Hin- und Herreden giebt er zu, die Befestigung im Auftrage eines Andern gemacht zu haben, aber nicht: mehr zu wissen, wer dieser Andere gewesen ist, und verweigert die Ausfagen darüber, wie das Blatt entstanden ist, weil er sich selber strafbar zu machen fürchtet. Trotz aller Bemühungen kann ihn der Präsident nicht dazu bringen, seine Ansicht glaubhaft zu machen, die Vertbeidigung erbotet sich, die Zeugen Schmidt und Gassen in der Pause darüber eingehend auszufragen. Nachdem der Präsident sein Einverständnis dazu gegeben und die Zeugen darauf aufmerksam gemacht sind, daß ein event. Preisvergehen verjährt sei, erklärt Rechtsanwalt Lenzmann, die Staatsanwaltschaft gehe darauf hinaus, daß eine Verbindung über ganz Deutschland existire, und daß schon die Thatfache, diese Verbindung zu unterhalten, genüge, eine Anklage gegen die Betreffenden zu erheben. Die Zeugen bezweifelten nun, daß sie sich einer Gefahr, angeklagt zu werden, aussetzen, wenn sie gesehen, Flugblätter verbreitet oder die Verbreitung durch Geldmittel unterstützt zu haben. Nachdem der Präsident den Zeugen über diesen Punkt Aufklärung gegeben hat, erklärt Schmidt, daß das Flugblatt auf seine Veranlassung gedruckt sei, wo, wisse er aber nicht; die „Freie Presse“, der der Auftrag übersdrieben gewesen, habe gesagt, daß sie ihn nicht ausführen könne, weil eine Maschine defekt geworden sei. Er habe die Bestellung jedoch dort gelassen und später sei ihm das Blatt zugehellt worden, von wem, habe er durch den Ueberbringer nicht erfahren können. Der Präsident fragt den Angeklagten Grimpe, was er mit dem Manuskript des Flugblattes gemacht habe; bisher habe er immer bestritten, daß das Flugblatt in der „Fr. Presse“ gedruckt sei. Grimpe verweigert auf diese Frage die Ausfagen. Rechtsanwalt Lenzmann bittet, den Zeugen zu fragen, ob die Partei in Köln mit dem Flugblatt zu thun gehabt habe. Zeuge Schmidt erwidert darauf, daß er die Kosten der Herstellung zum größten Theil selbst bezahlt und nur kleinere Beiträge seitens einiger Genossen erhalten habe. Er betone aber ausdrücklich, daß das Flugblatt auf seine Veranlassung gedruckt ist, wo wisse er jedoch nicht, und daß er heute nur die Wahrheit gesche, um zu beweisen, daß eine geheime Verbindung der Partei zwischen Ebersfeld und Köln nicht bestche. Zeuge Gassen erklärt nun, daß er die Befestigung, wenn er nicht irre, an Darm gerichtet habe, ob aber in der „Freien Presse“ das Flugblatt wirklich gedruckt sei, könne auch er nicht sagen. Auch er habe einen Theil der Herstellungskosten gegeben. Darm bestrittet, die Bestellung erhalten zu haben, es sei jedoch möglich, daß sie an die „Freie Presse“ gerichtet gewesen sei, deren Briefe bekomme er nicht zu Gesicht. Zeuge Bold erkl-Köln weiß von der Verbreitung des Flugblattes, jedoch nichts über seine Entstehung. Er wird gefragt, ob er am Parteitag in St. Gallen theilgenommen habe, ob er die Reise aus eigenen Mitteln unternommen habe und ob auf dem Parteitage über den „Sozialdemokrat“ gesprochen sei. Bolderoth will die Reise zum Theil aus eigenen Mitteln gemacht haben, ein Theil sei ihm von seinen Freunden dazu gegeben worden. Was den „Sozialdemokrat“ betreffe, so sei laut Protokoll des Parteitages von einem Genossen angeregt, ihn zum Parteiorgan zu erheben, und dieser Genosse sei er selber gewesen. Er habe jedoch kaum das Wort „Sozialdemokrat“ ausgesprochen gehabt, da sei ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen worden. Zeuge verweist ferner, daß Alles, was in St. Gallen verhandelt worden, auch im Protokoll stehe, daß Jeder an dem Parteitage habe theilnehmen können und daß er von ausgetheilten Hefen, wie es in dem Berichte des Polizeikommissars Wising heißt, nichts bemerkt habe. Ob aber die Führer der Partei nachher noch eine geheime Versammlung unter sich gehabt haben, kann Zeuge nicht sagen, da er nach Beendigung des Parteitages gleich abgereist ist. Der Staatsanwalt widerspricht der Vereidigung Bolderoths. Rechtsanwalt Lenzmann vermag nicht einzusehen, weshalb nur diejenigen Zeugen vereidigt werden sollen, die für die Angeklagten belastende Ausfagen gemacht haben, während die, welche die Angeklagten entlasten, nicht vereidigt werden sollen. Er sei von der Glaubwürdigkeit des Zeugen vollkommen überzeugt. Der Gerichtshof beschließt, von der Vereidigung Abstand zu nehmen, da der Zeuge derselben That verdächtig erscheine wie die Angeklagten. Es wird darauf der inzwischen eingetroffene Zeuge Wimmers vernommen. Der Staatsanwalt fragt zunächst, ob Jemand in irgend einer Weise auf sein Zeugnis einzuwirken versucht habe. Zeuge verneint dies; er habe nur gestern Abend mit Rammhoff gesprochen über einen Zettel, der ihm vor 1 1/2 Jahren zugegangen sei und dessen Inhalt ihn quasi zur Auswanderung aufgefordert habe. Wimmers wird zunächst über jene Versammlung in der Rohlstraße befragt und ob er mit dem Zeugen Leicht zusammen gewesen sei. Letzteres verneint er, er kenne den Mann nicht. Der Angeklagte Meibrenn dagegen sagt, daß er Wimmers abgeholt habe und daß ihnen unterwegs Leicht begegnet und von ihnen aufgefordert worden sei, mitzugehen. Wimmers bekennt, daß in der Versammlung ein Komitee gewählt wurde, und zwar schriftlich, während Leicht gesagt hatte, es sei nicht schriftlich gewählt worden. Leicht entschuldigt sich damit, daß es schon zu lange her sei und daß er sich auch so eingehend nicht darum bestimmen habe. Dennoch soll er selbst mitgewöhnt haben. Wimmers bezeugt dann noch, daß in der Versammlung nach Abrechnung gehalten über den „Züricher“, ob aber

damit der Züricher „Sozialdemokrat“ gemeint gewesen, kann er nicht sagen, den Eindruck habe er gehabt. Ueber diese Versammlung hat Zeuge auch der Polizei berichtet. Nach seiner Berechnung beschneuert sich Wimmers darüber, daß er im Vorjahr von einem Manne auf Schritt und Tritt verfolgt sei und zwar auf Veranlassung des Angeklagten Dastig. Dieser erhält darauf einen strengen Verweis mit dem Bemerten, daß der Gerichtshof nachträglich mit den Angeklagten sei und ihnen vielen freien Willen lasse, der aber nicht mißbraucht werden dürfe. Rechtsanwalt Lenzmann erkennt diese Nachsicht an, bittet aber, daß der hohe Gerichtshof auch seinen Einfluß dahin geltend macht, daß die Polizei nicht mit den Zeugen konferirt und diese bearbeite. Der Staatsanwalt bedauert, daß von Bearbeitung gesprochen werde, obwohl Wimmers keine Ausfagen unter Eid gemacht habe. Wenn Polizeikommissar Rammhoff mit demselben gesprochen habe, so werde er dafür Gründe gehabt haben, die er sogleich äußern sollte. Rammhoff wird darauf telephonisch geladen. Wimmers sagt aus, daß er Rammhoff nur um Schutz erucht habe, weil er ängstlich gewesen sei. Lenzmann fragt Wimmers, ob Rammhoff ihn zu dieser Ausfage bestimmt habe und wird deshalb vom Präsidenten erucht, seine Fragen doch so einzurichten, daß er Niemand damit verlege. Nachdem inzwischen einige Angeklagte vernommen sind, ist Rammhoff erschienen und bestätigt auf seinen Eid, daß Wimmers ihn um Schutz gebeten habe, den er ihm auch verprochen. Der Präsident verweist jedoch vor Schluß der Verhandlung ein vom Oberbürgermeister Wegener in Barmen eingegangenes Schreiben, nach welchem dem Polizeikommissar Wising-Barmen die Genehmigung, als Zeuge die Vertrauensmänner der Polizei namhaft zu machen und Auskunft zu geben, ob sie ihre Dienste bezahlt erhalten haben verweigert ist.

Aus Stadt und Land.

Vant, 9. Dezbr. Der Winter ist nun durch den starken Schneefall vollständig geworden. Die Bauarbeiter, als Maurer und Zimmerer, sind zu unfreiwilligen Feiern verdammt. Es werden nun, soweit es diesem oder jenem möglich war, die zurückgelassenen Nothgroßen angegriffen. Leider werden nur sehr wenige auf Grund ganz günstiger Umstände in der Lage gewesen sein, sich einen Nothgroßen für den Winter zurückzuliegen. Der hohe Preis der Nahrungs- und Gemüsmittel, zu dem die Löhne in keinem richtigen Verhältnisse stehen, lassen das Zurücklegen nicht zu. Wünschen wir, daß der Winter nicht wieder so lange dauert und so heftig auftritt, wie wir in den letzten Jahren erleben mußten.

Vant, 8. Dezember. Der Eisenbahnverkehr, der in einigen Gegenden Deutschlands durch Schneefürne unterbrochen ist, hat auch in unserer Gegend heute unter dem vielen Schnee zu leiden und hatten der Nachmittags- und Abendzug von Jener große Schwierigkeit, durchzukommen. Am Kreuzungspunkte in Sande mußte schon der Schnee beseitigt werden, um einer Betriebsförderung vorzugeben.

Wilhelmshaven, 10. Dez. Wenn man auch anerkennen muß, daß die Omnibusegesellschaft sich große Mühe giebt, die Wünsche des Publikums zu befriedigen, so sind doch die Mängel im Betriebe noch zu sehr fühlbare. So z. B. ist der Bahnhof als Haltestelle nicht geeignet, ferner müssen die Omnibusse beim Eintreffen der Züge pünktlicher am Plage sein und wenn diese zu spät eingetroffen sind, die in den Wartefälen sich aufhaltenden Fahrgäste zur erfordrigen Abfahrt aufzufordern. Es ist gestern passiert, daß bei Anknst des Nachmittagszuges um 4 Uhr 10 Min. kein Omnibus zur Stelle war. Nur ist es doch unmöglich, den Weg nach Vant zu Fuß machen. Ebenso würde es sich empfehlen, Abends nach Schluß der Arbeit auf der A. Werk einen Wagen direkt vom Werftthor 1 nach Vant abgehen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß sich eine Be-theiligung von 14 bis 15 Personen findet, denen der Weg nach Vant zum Geben zu bedauerlich fällt. Wir hopen die Erwartung, daß die Gesellschaft bestrbt sei wird, diesen Mängeln abzuhelfen und Obiges in Betracht zu ziehen.

Bremerhaven, 8. Dezbr. In voriger Woche wurde die Thatfache mitgetheilt, daß die sozialdemokratische Partei die Wahlkampagne durch Vertheilung von Flugblättern eröffnet habe. Dem kann jetzt hinzugefügt werden, daß heute Nachmittag in einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung die erste Wahlrede gehalten wurde. Referent war Herr W. Fannufsch aus Kassel. Er ermahnte die Anwesenden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen fest zusammenzutreten und die ein Mann für den im Wahlkreise Bremen aufzustellenden sozialdemokratischen Kandidaten Julius Druhns in Bremen zu stimmen. Nach Anhalten des Redners seien gerade bei der nächsten Wahl die Ausfichten für ihre Partei sehr günstig, da durch die hohen Getreidepreise und die Grenz-sperrre Unzufriedenheit und Rühmth im Volke erzeugt sei. (W. Jg.)

Briefkasten.

Herrn N. Wilhelmshaven: Ihrem Wunsche können wir nicht Folge geben, da wir an der in Nr. 141 d. Bl. abgegebenen Erklärung festhalten. Wenn wir auf derartige Stoffen nicht antworten, so werden Sie das unsere ganz Erziehung einfach zu Gute halten und sind wir der festen Ueberzeugung, daß wir durch Nicht-achtung solcher gemeiner Notizen nur in Ihrer Achtung stehen, als wie in der aller weitlich geliebten Menschen bringen werden, da solche Notizen doch nur bei einem Verleumdung, wie dem unfrischen, ein Gefühl erwecken können, welches zwischen Mittel und Brachung schwant.

Die grösste

Auswahl in sämtlichen Kinder-Spielwaaren

befindet sich vom 1. Dezember an bei

B. v. d. Ecken.

Im Ausverkauf:
Weisse Gerstenkorn-Handtücher,
 mit rother Vorde, 90 cm lang, per Dutzend 2.10 Mk.
Baumwollene Halstücher
 für Männer, schön bedruckt mit Vorde, pr. Stüd nur 10 Pfg.
Georg Aden,
 Bant, am Markt.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen deutschen, französischen, spanischen und portugiesischen

WEINEN.

Gute Qualitäten in **Rum, Arrac und Cognac.** Ich empfehle ferner vorzügliche **Liqueure und Brantweine,** besonders empfehle ich einen reinen ungetauften

Korn-Brantwein,

als:
 Richtenberger Doppel-Korn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger etc. etc.

Paul Hug, zur Arche.


Hasenclever's Vermächtnis.
 Verlag von E. Thiele, Leipzig.
Multiriter Deutscher Jugendschah.
 Schönstes Weihnachts-Geschenk für deutsche Knaben und Mädchen, Jünglinge und Jungfrauen.
 Pracht-Ausgabe Mk. 2, billigere Ausgabe ebenfalls eleg. gebunden Mk. 1.50.

Srimpsfreie Hemden - Flanelle
 in glatt und gemustert zu mächtigen Preisen.
Blau melirten Coating,
 reine Wolle, haltbar und schwer, pr. Mtr. 1,20 Mk.
B. H. Bührmann,
 Konfektions-Geschäft,
 Wilhelmshaven.

Anton Brust, Belfort.

Weihnachts-Ausverkauf.

Von heute anfangend bis Weihnachten bewillige ich auf meine sämtlichen Waaren bei Einkäufen von 1 Mk. anfangend

10 pCt. Rabatt

aber nur gegen Barzahlung.
 Für Damen-Regenmäntel, Herren-Winter- und Herbst-Ueberzieher und zurückgesetzte Reste habe ich wirkliche Netto-Spottpreise notirt. Es soll meiner werthen Kundschaft der Beweis geliefert werden, daß man bei mir außerordentlich billig kaufen kann.

Anton Brust, Belfort.

 Die Eröffnung meiner
Weihnachts-Ausstellung
 in
Albums, Schreibmappen und feinen Leder-Waaren, Papier-Ausstattungen, Jugendschriften, Bilderbüchern, geschnitzten Holz-Waaren, echten China-Waaren, Bilderrahmen, Puppen, Spielsachen, sowie einer großen Auswahl Christbaumschmuck
 beehre ich mich ergebenst anzuzeigen und bitte um vielen Zuspruch.
 Hochachtungsvoll
W. Brunstermann, Grenzstraße Nr. 6.

Mit dem heutigen Tage eröffnere meine

Weihnachts-Ausstellung

und empfehle als besonders preiswerth:

Cigarren in schöner abgelagerter Waare,

von 3,50 bis 10 Mk. pro 1/10, auch in 1/20 und 1/30 verpackt.
 Lange Weichsel-Studentenpfeifen, Theeslauden-Pfeifen, halblange und kurze Weichsel- und Horn-Pfeifen, Shag-Pfeifen und Cigarren-Spizen, sowie Meer-schaum-Shagpfeifen und Cigarrenspizen, alles in bester Waare u. Qualität.

Gleichzeitig bringe meinen 50 Pf.-Bazar

in gütige Erinnerung.
 Erhielt eine große Sendung der neuesten und schönsten Spielsachen sowie **Haushaltungs-Gegenstände.**
 Die vorjährigen Spielsachen gebe zum Einkaufspreis ab. — Um gütigen Zuspruch bittend
Albert Werner, Bant, Bantstr.

 Wir empfehlen unser sehr feines
helles Lager-Bier
 in Flaschen 33 Stüd für 5 Mark, in Fässern von 10—100 Liter 21 Mark frei in's Haus,
 24 Flaschen Kaiserbräu 3 Mk., per Liter 25 Pf.
Bräuerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Pelz-Waaren!

Ich kaufe gelegentlich

300 Stüd Damen-Muffen,

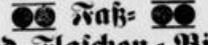
worunter sehr gute Sachen, welche ich, um schnell damit zu räumen, zum Preise von **1,50 Mk. bis 3,50 Mk.** verkaufe. Besserer Werth das Doppelte.

M. Schlöffel, Kürschner,

Roonstrasse 72 und Belfort, Werftstrasse 17.

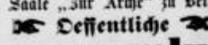
Oldenburger Gesangbücher

mit Goldschnitt,
 von 2 Mark an, empfiehlt
W. Brunstermann,
 Grenzstraße 6.

 Empfehle:

und Flaschen-Bier
 aus der
Dampfabrerei von Th. Fothkör
 in Feser,
 in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
 Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,
 Bayersches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,
 Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mk.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
 1 Treppe.

Bürgerverein Bant.

Donnerstag, den 12. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:
Monats-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Hebung der Beiträge.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Stiftungsfest.
 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Mittwoch, 11. Dezember,
 Abends 7 Uhr,
 im Saale „zur Arche“ zu Belfort:

Versammlung
 der Maurerarbeitende von Wilhelmshaven und Umgegend.
 Tagesordnung:
 1. Wahl d. Lohnkommission. 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Bant-Wilhelmshaven.
 Mittwoch, den 11. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:
Versammlung
 in der Arche in Belfort.
 Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Hebung der Beiträge. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Verband Deutscher Zimmerleute.

Lokalverband Wilhelmshaven.
 Freitag, den 13. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr:
Versammlung
 in der Arche in Belfort.
 Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Lohnfrage. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird dringend ersucht.
 Der Vorstand.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag: B. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.